

Die Italiener in der Schweiz fühlen sich von ihrer Heimat betrogen

Die Finanznot in Rom bekommen auch die Staatsangehörigen im Ausland zu spüren

In den letzten Jahren hat Italien mehrere Kulturzentren in der Schweiz verkauft. Dabei wurde kaum Rücksicht auf die Bedürfnisse der Immigranten genommen. Das führt zu Streit und Gerichtsfällen.

ERICH ASCHWANDEN

Ippazio Calabrese ist normalerweise ein ruhiger Zeitgenosse. Doch wenn die Sprache auf die Casa d'Italia kommt, bricht bei ihm sein italienisches Temperament hervor. «Unsere alte Heimat hat uns die zweite Heimat hier in der Schweiz weggenommen. Wir fühlen uns verschaukelt – von Rom, dem Botschafter in Bern und dem Generalkonsulat in Zürich», sagt der 58-Jährige. «Wir», das ist die italienische Gemeinschaft in der Innerschweiz. Die «zweite Heimat» ist – oder vielmehr war – das Kulturzentrum Casa d'Italia in der Stadt Luzern.

Calabrese kam 1979 als Saisonnier in die Schweiz und wurde wie viele andere Gastarbeiter aus seiner Generation hier sesshaft. Heute arbeitet er in der Stadt Luzern als Experte bei einer grossen Krankenkasse. Während all der Jahrzehnte, die er in der Schweiz verbrachte, war die Casa d'Italia für ihn und seine Familie der Dreh- und Angelpunkt des gesellschaftlichen Lebens.

In diesem Haus wurden sämtliche Feiertage begangen, und man traf sich zu kulturellen Veranstaltungen. Doch handelt es sich um mehr als einen blossen Treffpunkt. «Seit 1939 sind unsere Kinder bei den Nonnen in den Kindergarten gegangen. Das ist nun alles vorbei», bedauert Calabrese. In der Kindertagesstätte wurden zuletzt rund 50 Kinder betreut. Die letzten Nonnen zogen 2017 aus. Seither steht das Haus leer und verfällt langsam.

Vergebliche Mühe

Wie der italienischen Gemeinschaft in der Innerschweiz ergeht es Tausenden von Landsleuten auf der ganzen Welt. Aus Finanznot beschloss nämlich das italienische Parlament, alle seine Immobilien im Ausland, die nicht mehr für diplomatische Zwecke gebraucht werden, zu verkaufen. Im Juli 2016 erhielt im Zuge dieser Bereinigung auch die italienische Gemeinschaft in Luzern die Kündigung. Die Genossenschaft Casa d'Italia setzte alle Hebel in Bewegung, um das Vorkaufsrecht zu nutzen, das ihrer Ansicht nach bestand. Eine Sammelaktion, die unter anderem vom Luzerner Stadtpräsidenten Beat Züsli



Für Ippazio Calabrese war die inzwischen verkaufte Casa d'Italia in Luzern der Dreh- und Angelpunkt des gesellschaftlichen Lebens.

JOËL HUNN / NZZ

unterstützt wurde, war erfolgreich. «Dank der Unterstützung von Gönnern und Bankkrediten hatten wir die notwendigen 3,39 Millionen Franken schliesslich zusammen», sagt Calabrese.

Doch sämtliche Anstrengungen und alles Lobbyieren beim zuständigen Minister in Rom und beim italienischen Generalkonsulat in Zürich nützten schliesslich nichts. «Unser Angebot wurde vom italienischen Staat nicht einmal zur Kenntnis genommen», sagt Calabrese. Dies, obwohl zahlreiche Treffen auf verschiedenen Ebenen in Rom und in der Schweiz stattgefunden hatten.

Ende des vergangenen Jahres wurde die Casa d'Italia für 3,75 Millionen Franken an eine Immobilienfirma versteigert. Was mit dem Grundstück und dem sanierungsbedürftigen Gebäude passiert, ist offen. «Für lediglich 360 000 Franken mehr wurden auf einen Streich 80 Jahre italienische Migrationsgeschichte ausgelöscht», ärgert sich Calabrese.

Das Generalkonsulat in Zürich war für eine Stellungnahme nicht erreichbar. Gegenüber der «Luzerner Zeitung» hatte die Behörde erklärt, dass die Genossenschaft Casa d'Italia über kein Vorkaufsrecht verfüge. Bei der Versteige-

rung habe diejenige natürliche beziehungsweise juristische Person den Zuschlag erhalten, die das höchste Gebot eingereicht habe. Diese Aussage des Generalkonsulats ärgert Calabrese umso mehr, als die italienischen Arbeiter vor 80 Jahren den Kauf des Hauses mit Spenden in der Höhe von 62 000 Franken überhaupt erst ermöglichten. Leider lasse sich dies nicht mehr beweisen.

Klage gegen Italien

Zu Unstimmigkeiten führten auch die Versteigerungen des staatlichen italienischen Immobilienbesitzes in Locarno und in St. Gallen. «Wir haben im Jahr 2015 gegen die Schliessung gekämpft. Leider vergeblich», erinnert sich Rolando Ferrarese, Leiter des Centro Socio Culturale Italiano. Der Verkauf sei damals vom Staat so schnell wie möglich über die Bühne gebracht worden, beklagt sich Ferrarese. Dies liess sich die italienische Gemeinschaft nicht bieten, sie erstattete Anzeige gegen den Staat vor dem zuständigen Gericht der Region Latium. Die Klage ist immer noch hängig. Aussichtslos ist das juristische Vorgehen nicht. «Die italienische Gemeinschaft in Santo Domingo, wo die Botschaft geschlossen wurde, hat von diesem Gerichtshof recht bekommen», sagt Ferrarese.

Anders als in Luzern stand ein Kauf der Liegenschaft für die italienische Gemeinschaft in St. Gallen nie zur Diskussion. In der Ostschweiz, in Graubünden und im Fürstentum Liechtenstein, wo rund 60 000 italienischstämmige Bürger und Bürgerinnen leben, haben sich die Gemüter inzwischen beruhigt. Das kulturelle und gesellschaftliche Leben findet im neu geschaffenen Centro Socio Culturale Italiano an einem neuen Ort in St. Gallen statt.

Umnutzung in Zürich

Unruhe herrschte in den letzten Wochen auch um die Casa d'Italia an der Erismanstrasse im Zürcher Kreis 4, die dem italienischen Generalkonsulat gehört. Das momentan leerstehende Gebäude wurde Ende Januar von mehreren Hausbesetzern besetzt, die eine Party in dem denkmalgeschützten Haus feiern wollten. Spezialisten der Stadtpolizei Zürich suchten den Dialog mit den Besetzern, die daraufhin abzogen. In Zürich geht es nicht wie an den anderen Orten um einen Verkauf. Das Gebäude soll in Zukunft eine italienische Schule sowie Büros des italienischen Generalkonsulats beherbergen. Die italienische Gemeinschaft hofft, dass diese Immobilie wirklich renoviert wird und nicht das gleiche Schicksal erleidet wie die anderen Gebäude in der Schweiz.

APROPOS

Der Thurgau hat's lieber anonym

Jörg Krummenacher · Im Kanton Thurgau leben liebe und nette Menschen. Gelegentlich finden sich im Thurgau auch Tierquäler, Raser, falsche Scheichs und Mafiosi, die von den Behörden vorzugsweise nicht als solche erkannt werden. Manchmal verheddert sich die Regierung auch bei der Finanzierung eines Museumsbaus, so dass dieser bundesgerichtlich gestoppt werden muss. Aber das ist kaum der Rede wert, denn eigentlich läuft alles gut im Thurgau. Unpassend ist nur, dass solche Sachen überhaupt bekanntwerden; am liebsten würde man darüber schweigen. So ergibt sich auch, dass der Thurgau zu den wenigen verbliebenen Kantonen – insbesondere mit Luzern und Obwalden – gehört, deren öffentliche Institutionen noch in «bewährter Praxis» aufs Geheimhaltungsprinzip schwören.

Das könnte sich ändern. Am 19. Mai kommt eine Initiative vors Stimmvolk, welche die Einführung des Öffentlichkeitsprinzips verlangt. Die Chance, dass sie gutgeheissen wird, ist intakt, auch wenn sich die Regierung nicht recht damit anfreunden mag. Wes Geistes Kind mancher Thurgauer noch immer ist, lässt sich an einer Episode ablesen, die sich jüngst in der schmucken Gemeinde Hohentannen – 7500 Hochstammobstbäume, zwei Schlösser, zwei Kapellen, 620 Einwohnerinnen und Einwohner – zugetragen hat.

Am kommenden Sonntag gilt es dort einen neuen Gemeindepräsidenten zu wählen, nachdem der bisherige, kaum wiedergewählt, zum Entschluss kam, doch lieber zurückzutreten. Drei potenzielle Nachfolger, alle drei männlich, präsentierten sich im Gemeindeblatt sowie live an einer Gemeindeversammlung, von der die Medien indes ausgeschlossen blieben, dem heimischen Volke. Als die «Thurgauer Zeitung» über die anstehende Wahl berichten wollte, verbot ihr einer der offiziell Kandidierenden, seinen Namen zu nennen – unter Androhung rechtlicher Schritte. Der Mann wählte sich auf bestem Weg, anonym ins Amt zu gelangen. Er machte geltend, seine Kandidatur, sollte sie über die Grenzen Hohentannens hinaus bekanntwerden, hätte für ihn negative Konsequenzen. Die Zeitung wunderte sich und publizierte, nach Rücksprache mit dem kantonalen Rechtsdienst, den Namen dennoch.

Wir möchten hier verzichten, dies ebenfalls zu tun, und nennen ihn der Einfachheit halber Thuri Gauer, steht er doch stellvertretend für den so typischen diskreten Charme dieser Region. Zudem ist der Mann inzwischen von seiner Kandidatur zurückgetreten, nachdem ihm zugetragen wurde, dass demokratische Wahlgeschäfte selbst im Kanton Thurgau öffentlich sind.

Die FDP führt den Tür-zu-Tür-Wahlkampf jetzt national

Hausbesuche haben bei den Zürcher Wahlen den Wähleranteil der Freisinnigen trotz Verlusten messbar erhöht

CHRISTINA NEUHAUS

Mobilisieren ist alles. Wer seine Wähler kennt, schneidet bei Wahlen auch besser ab. Ob SVP, SP, FDP oder CVP: Alle grossen Schweizer Parteien verwenden heute viel Know-how darauf, einen persönlichen Kontakt mit Sympathisanten herzustellen. Sie setzen auf Telefonaktionen, Botschafter oder Influencer.

Hocheffektive Methode

Canvassing, Influencing oder Microtargeting heissen die Methoden, zu denen die Schweizer Parteien in diesem Wahlkampf greifen. Beim Microtargeting werden Inhalte im Netz für Zielgruppen individualisiert. Je nach Interessenlage – und Klickverhalten – erhalten die Empfänger andere Botschaften als andere Gruppen und Personen. Canvassing

meint im Wesentlichen systematische Wählerkontakte, wie dies bei Telefonkampagnen oder dem Tür-zu-Tür-Wahlkampf der Fall ist.

Ob die Kontakte in den sozialen Netzwerken zustande kommen oder von Angesicht zu Angesicht, spielt methodisch keine entscheidende Rolle: Die Grundlage aller Begegnungen bilden umfangreiche Datenmodelle. Als hocheffektiv gilt vor allem das Klopfen an den Türen potenzieller Wählerinnen und Wähler. Es wurde in verschiedenen US-amerikanischen Wahlen mit Erfolg eingesetzt und trug in Frankreich zu Emmanuel Macrons triumphalem Sieg bei.

In der Schweiz setzt seit diesem Jahr auch die FDP auf die Methode. Anfang Jahr startete sie in Zürich, Baselland und Luzern Pilotversuche. Das Get-out-the-Vote-System, auf das die Partei ihre Hoffnungen setzt, wurde bereits in

Irland, Frankreich oder den Niederlanden mit messbarem Erfolg eingesetzt.

Bevor die FDP ihre freiwilligen Wahlkämpfer in die Quartiere schickte, wurden Wählerstatistiken und sogenannte Sinus-Milieus zurate gezogen. Menschen, die sich in ihrer Lebensauffassung und Lebensweise sowie in ihrer sozialen Lage ähneln, wurden in Gruppen zusammengefasst und geografisch verortet. Das erlaubte der FDP eine Einschätzung des Wählerpotenzials nach Gemeinden, Quartieren und sogar einzelnen Strassen. Erfolg versprach der Tür-zu-Tür-Wahlkampf vor allem dort, wo die Partei aufgrund der Datenlage auf Sympathien hoffen konnte.

Nun hat die FDP die Ergebnisse aus Zürich ausgewertet und ist zu einem für sie erfreulichen Resultat gekommen: Die Methode wirkt. In Zürich verlor der Freisinn zwar ihren zweiten Regierungs-

sitz und büsste bei 15,66 Prozent Wähleranteil 1,67 Prozentpunkte ein. Doch überall dort, wo freisinnige Wahlhelfer die Türglocken betätigten, fielen die Verluste geringer aus.

Politik wird wieder sichtbar

Urs Bieri, Co-Leiter des Forschungsinstituts GfS in Bern, der den Canvassing-Versuch der FDP analytisch begleitet und ausgewertet hat, attestiert der Methode einen sichtbaren Effekt. Am stärksten könne sich die FDP seit je auf Wähler verlassen, die von Anfang an die Absicht gehabt hätten, freisinnig zu wählen, sagt er. Als zweitstärkster Wahlfaktor habe sich in den Zürcher Pilotkreisen dann nachweislich der Door-to-door-Wahlkampf erwiesen. «Ohne Canvassing», sagt Bieri, «wäre der Wähleranteil in diesen Sektionen um 0,5 Prozent-

punkte tiefer gewesen.» Die FDP, die latent Mühe mit der Mobilisierung hat, profitiert laut Bieri zudem von einem weiteren Effekt der Methode. Wählerinnen und Wähler, bei denen die FDP an die Tür klopfte, seien stärker motiviert worden, an die Urne zu gehen als Personen, die man auf anderem Weg adressiert habe. Laut Bieri ist es mit dem Canvassing gelungen, die Politik wieder sichtbarer zu machen. Politik, so Bieri, sei auf Dialog angewiesen. Dass dieser nun wieder vermehrt ausserhalb der sozialen Netzwerke, von Angesicht zu Angesicht, stattfinden solle, finde er erfreulich.

Aufgrund der positiven Erfahrungen in Zürich hat die FDP deshalb beschlossen, den Tür-zu-Tür-Wahlkampf national auszuweiten. Laut FDP-Mediensprecher Martin Stucki haben die Vorbereitungen bereits begonnen.